

„Die Folgen der demographischen Entwicklung für die Kommunen“

Vortrag im Mai 2008

Dörfer ohne Schulen und Kindergärten, leer stehende Geschäfte, verwaiste Fabriken, ganze Landstriche leergefegt, nur hier und da noch ein Kinderlachen. Die Demographen malen ein düsteres Bild von der Zukunft unseres Landes - zumindest für viele ländliche Regionen.

Das Schlagwort vom „Demographischen Wandel“ hat inzwischen längst die Runde gemacht und die meisten von Ihnen werden wohl wissen, was unter diesem Begriff zu verstehen ist: Eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung verbunden mit einer nie da gewesenen Überalterung.

Mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau bewegt sich Deutschland – wie viele andere europäische Länder übrigens auch – auf einem gefährlich niedrigen Niveau. Dabei wäre eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau notwendig, um eine stabile Bevölkerungszahl zu gewährleisten. Schon heute werden jedes Jahr etwa 400.000 Kinder zu wenig geboren, um den Bestand der Bevölkerung langfristig zu sichern. Hinzu kommt die steigende Lebenserwartung, die unser bisheriges gesellschaftliches Gefüge nachhaltig verändern wird.

Bis 2050 wird für ganz Deutschland ein Bevölkerungsrückgang von 7 Prozent prognostiziert: Der Anteil der über 80jährigen wird sich dann mit 12 Prozent gegenüber heute verdreifacht haben, der Anteil der über 60jährigen wird sogar ein Drittel unserer Gesamtbevölkerung stellen.

Natürlich wird sich dabei kein einheitliches Bild für die Bundesrepublik zeichnen lassen. Denn neben den niedrigen Geburtenraten, spielen auch Wanderungsbewegungen eine entscheidende Rolle bei der Bevölkerungsverteilung. Deutschland wird sich zunehmend in Regionen des Wachstums und in Regionen der Schrumpfung teilen. Wir werden sowohl zwischen als auch innerhalb der Bundesländer sehr unterschiedliche Entwicklungen erleben, wobei vor allem große Teile der neuen Bundesländer sowie ländlich strukturierte Gebiete zu den Verlierern zählen werden.

Bayern insgesamt betrachtet, muss sich laut der Studie „Deutschland 2020“ des „Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung“ wegen rückläufigen Bevölkerungszahlen keine Sorgen machen. Denn bis heute profitiert der Freistaat von zuwandernden Fachkräften, die es aber vor allem in die Boom-Regionen nach Süden zieht.

Für Unterfranken sieht es nicht ganz so positiv aus. Denn eine niedrige Geburtenrate - verbunden mit Abwanderungstendenzen – wird dazu führen, dass hier vor allem im nördlichen Unterfranken die Bevölkerungsdichte merklich abnehmen und die Region noch schneller altern wird. Denn es sind vor allem junge Menschen, die abwandern. Am härtesten wird es hier wohl die Rhön treffen, doch auch für unseren Landkreis wird ein Bevölkerungsrückgang von 7,4 Prozent erwartet.

Die Regionen und Kommunen in Deutschland werden also in Zukunft um mehr Einwohner geradezu konkurrieren müssen. Nur wer attraktiv ist und bleibt, wird dabei als Sieger hervorgehen.

Doch ganz gleich, welche Regionen nun letztendlich Zuwanderungsgebiete werden, überall in der Bundesrepublik werden wir uns auf eine alternde Gesellschaft vorbereiten müssen – auch in der kommunalen Entwicklungsplanung. Was wir brauchen, ist ein an die Bevölkerungsentwicklung angepasstes Infrastrukturangebot. Das bedeutet – so hart dies auch klingen mag - ,dass die bisherigen Standards öffentlicher Daseinsvorsorge vor allem in dünn besiedelten, ländlichen Regionen nicht aufrecht zu erhalten sind. Neue Mindeststandards müssen definiert werden. Eine Beschränkung der öffentlichen Infrastrukturangebote auf unabdingbare Kernfunktionen ist dabei unvermeidbar.

Schauen wir uns, meine Damen und Herren, die Probleme, mit denen unsere Städte und Gemeinden aufgrund der demographischen Entwicklung in Zukunft konfrontiert werden, doch einmal an ganz konkreten Beispielen an:

Da ist zum einen die **Siedlungsentwicklung**, die sich regional sehr unterschiedlich darstellen wird. In den dünn besiedelten, ländlichen Regionen wird der Bedarf an Wohnraum zurückgehen. Vor dem Hintergrund rückläufiger Bevölkerungszahlen macht es wenig Sinn, die Siedlungsentwicklung in unserem Land unverändert voranzutreiben.

Doch, so scheint es, haben viele Kommunen noch nicht erkannt, dass immer weniger junge Leute nachkommen. Sie weisen nach wie vor Baugebiete aus – ungeachtet aller demographischen Zahlen. So liegen z.B. in Frammersbach, einer kleinen Marktgemeinde in meinem Landkreis, einige hundert Bauplätze brach. Sie werden von den Eigentümern wohl als eine Art Kapitalanlage gesehen. Trotzdem weist die Gemeinde immer noch neue Baugebiete aus. Doch, so frage ich Sie, meine Damen und Herren, wer soll denn in zehn, zwanzig Jahren all die bereitstehenden Bauplätze bevölkern?

Stattdessen sollten Überlegungen angestellt werden, wie unsere Altorte und innerstädtischen Lagen mit neuem Leben erfüllt werden können. Dies wird nur dann gelingen, wenn wir die alten Ortskerne lebenswert gestalten, etwa durch Dorf- und Stadterneuerungsmaßnahmen.

Für die Belebung eines Altorts gibt es ebenfalls ein Paradebeispiel in Main-Spessart. In Ruppertshütten hat das Versäumnis neue Baugebiete auszuweisen, inzwischen einen durchaus positiven Effekt: Denn immer mehr junge Menschen sind dazu übergegangen, alte Häuser herzurichten und den Altort zu bevölkern.

Um Versorgungseinrichtungen wie etwa Post-Agenturen, Dorfläden oder Gaststätten in kleineren Ortschaften sicher zu stellen, darf sich eine Kommune auch nicht scheuen, selbst in die Presche zu springen, etwa durch die Bereitstellung gemeindeeigner Gebäude und die Beschäftigung von Personal (Stichwort Senioren!). Diese Einrichtungen sind nicht zuletzt für ein reges soziales Leben vor Ort unerlässlich. Wir müssen uns von allzu starren Vorgaben lösen. Kreativität und Weitblick sind gefragt, etwa wenn es darum geht, die Infrastruktur so zu gestalten, dass eine Alternativnutzung ohne großen finanziellen Aufwand möglich ist: Der Kindergarten von heute wird zum Seniorentreff von morgen!

Eine Zusammenarbeit zwischen den Kommunen wird zukünftig mehr denn je gefragt sein. Leider fällt es heutzutage vielen Gemeinden noch immer schwer, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Doch werden sich viele Kommunen wohl oder übel von Prestige-Objekten, wie etwa Freizeiteinrichtungen im großen Stil, verabschieden müssen. Nur wenn es gelingt, zentralörtliche Aufgaben auf mehrere benachbarte Ortschaften zu verteilen (wie z.B. die Finanzierung eines Schwimmbads), haben ländliche Regionen eine Chance, weiterhin attraktiv und lebenswert zu bleiben.

Bei der Wasserver- und Entsorgung sind wir da schon einen Schritt weiter. Denn viele Gemeinden haben inzwischen erkannt, dass es durchaus Sinn macht, die zum Teil recht kleinen Zweckverbände zusammenzufassen. Schließlich kann der Anschluss an die Kläranlage im Nachbarort weitaus wirtschaftlicher sein als die eigene, überalterte Anlage zu sanieren.

Auch auf ganz anderen Gebieten wird eine Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden zukünftig mehr als bisher gefragt sein. Denken Sie nur etwa an die Feuer- und Brandsicherheit. Hier hat der fehlende Nachwuchs fatale Folgen. Unsere landauf, landab gut ausgebildeten und ordentlich funktionierenden Freiwilligen Feuerwehren sind nicht mehr in jedem Ort zu halten. Entweder müssen sich diese zusammenschließen oder aber Berufsfeuerwehren installiert werden, wenn wir die Sicherheitslage nicht verschlechtern wollen.

Nicht nur ländliche Gemeinden, auch urbane Zentren müssen sich den neuen Herausforderungen stellen. So geht es dort zum einen in den attraktiven Lagen schon heute derart eng zu, dass die Grundstückspreise astronomische Höhen erreicht haben. Unattraktive Stadtteile dagegen werden starke Wanderungsverluste verzeichnen. Schnell können daraus soziale Brennpunkte entstehen, wird der Entwicklung nicht rechtzeitig entgegen gewirkt. Einige Städte im Osten Deutschlands haben bereits mit dem Rückbau von Überkapazitäten begonnen und ganze Plattenbausiedlungen dem Boden gleich gemacht.

Natürlich müssen unsere Städte und Gemeinden auch jener Bevölkerungsgruppe Rechnung tragen, die zukünftig ein Gros unserer Gesellschaft stellen wird: Unseren **Senioren**. Dies wird zu einer verstärkten Nachfrage nach „altersgerechten“ Wohngebieten, nach besonderen Wohnformen wie etwa betreutes Wohnen oder ambulante Wohngruppen sowie nach mehr Heimplätzen führen. Denn die

traditionelle Familie, in der die Großeltern den Lebensabend bei ihren Enkeln verbringen, ist schon lange in Auflösung begriffen.

Ein seniorenrechtliches Umfeld muss also geschaffen werden. Denn was nützt die schönste und beste Seniorenwohnanlage, wenn diese nur über viele Treppenstufen zu erreichen ist und abseits jeglicher Versorgungseinrichtungen liegt?

Auch im Hinblick auf diese nicht mehr so mobilen Mitbürger ist es enorm wichtig, zumindest Geschäfte zur Grundversorgung vor Ort zu halten und speziell auf diese Altersgruppe zugeschnittene Angebote, wie etwa Seniorentreffs oder Internetcafés, zu schaffen. Gleichzeitig werden mit einem deutlich höheren Anteil an älteren Menschen auch soziale Dienste und altersgerechte Dienstleistungsangebote (z.B. handwerkliche Hilfsdienste, Fahr-, Besuchs- und Essensdienste, Hilfen rund ums Haus) verstärkt gefordert sein. Dies bietet zum einen die Chance, für den Einzelnen neue Einkünfte zu erzielen und neue Einkommensbereiche zu erschließen. Zum anderen ist damit ein Stück weit gewährleistet, dass alte Menschen länger in den eigenen vier Wänden bleiben können.

Dies wird auch durch generationenübergreifende Maßnahmen ermöglicht. Denken Sie hier nur etwa an die so genannten „Mehrgenerationenhäuser“, die unter einem Dach die unterschiedlichsten Dienstleistungen für Jung und Alt anbieten.

Dies alles setzt natürlich für die Kommunen eine ständige Analyse der sich wandelnden Bedarfs- und Versorgungssituation ihrer Bürger voraus - verbunden mit einer flexiblen und dynamischen Infrastrukturplanung.

Ganz wichtig ist es in diesem Zusammenhang auch, das bürgerschaftliche Engagement auszubauen. Andernfalls wird die notwendige Stärkung der Altenhilfe nicht möglich und nicht bezahlbar sein. Natürlich können und müssen wir hier auch unserer Senioren animieren, sich aktiv mit einzubringen, solange sie dazu in der Lage sind.

Ein Bereich, in dem sich die rückläufigen Geburtenzahlen schon heute bemerkbar machen, ist der **Bildungssektor**: Wohl jeder von Ihnen wird ein Dorf benennen können, in dem der Erhalt des Kindergartens gefährdet ist oder die Weiterführung der Grundschule auf dem Prüfstand steht.

Um eine wohnortnahe Schulausbildung gerade für die Kleinsten zu gewährleisten, ist man auch in unserem Landkreis in einigen Gemeinden bereits dazu übergegangen, mehrere Jahrgangsstufen zu einer Klasse zusammenzufassen, wie dies früher bei Dorfschulen gang und gäbe war. So gibt es bei uns bereits neun jahrgangsgemischte Klassen - Tendenz steigend!

Ganz gleich wie man zu diesem Modell auch stehen mag, so gewährleistet es doch die wohnortnahe Betreuung und Beschulung und damit eine enge Bindung der Kinder und Jugendlichen an ihre Heimatgemeinde. Diese Heimatverbundenheit kann dann später wesentlich dazu beitragen, dass Erwachsene dem Ort ihrer Kindheit die Treue halten.

Gleichzeitig wird die Zusammenlegung von Schulen und Kindergärten zu einem höheren Beförderungsaufwand und damit naturgemäß auch zu höheren Beförderungskosten führen. Während in kleineren Gemeinden die Schließung moderner oder vor wenigen Jahren mit großem Aufwand modernisierter Einrichtungen droht, platzen die gleichen Einrichtungen an den zentralen Orten – zumindest in der Phase der Zusammenlegung und kurz danach – aus allen Nähten. Zeitversetzt wird dieses Schicksal in einigen Jahren dann auch den Hauptschulen drohen.

Oder denken Sie nur etwa an unsere Berufsschulen. Hier mussten einzelne Schulstandorte aufgrund nachlassender Schülerzahlen bereits aufgegeben werden. Heute werden die Auszubildenden in so genannten Kompetenzzentren unterrichtet. Dafür müssen die Schüler oft weit bis über die eigenen Landkreisgrenzen hinweg pendeln.

Auch bei der **medizinischen Versorgung** müssen wir in dünn besiedelten, ländlichen Räumen mit Einschnitten rechnen. So werden nach einer Studie des Berliner Zentrum Public Health bis 2010 allein in Bayern rund 813 Hausärzte fehlen. Denn oft finden pensionsbereite Landärzte keine Nachfolger für ihre Praxen, weil viele junge Ärzte nicht mehr bereit sind, die aufreibende Arbeit mit den oft weiten

Anfahrtswegen zu den Patienten auf sich zu nehmen. Auf der anderen Seite führt der demographische Wandel zu einer höheren Nachfrage nach medizinischen Leistungen vor allem für ältere Menschen.

Planer denken deshalb an die Schaffung so genannter zentraler „Gesundheitshäuser“, mit denen die medizinische Grundversorgung im ländlichen Raum gewährleistet werden soll. In diesen Zentren sollen mehrere Allgemeinärzte, aber auch Fachärzte zusammenarbeiten. Ein anderes Modell setzt auf eine Erhöhung der wirtschaftlichen Attraktivität des Landarztberufes und auf eine stärkere Vernetzung von Allgemein- und Fachmedizinern sowie Krankenhäusern, um medizinische Geräte rationeller nutzen zu können.

Insgesamt wird es also in den geringer bevölkerten Gebieten zunehmend schwerer werden, eine hohe Versorgungsqualität aufrecht zu halten. Die Finanzierung öffentlicher Einrichtungen wird dort zu einer verhältnismäßig höheren Pro-Kopf-Belastung führen. Unter dem Vorzeichen der Schrumpfung können bestimmte Leistungen eben nur dann dauerhaft erbracht werden, wenn die begrenzten Ressourcen gemeinsam genutzt und bestimmte Infrastrukturangebote gemeinsam erbracht werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit sowohl zwischen den Gemeinden als auch zwischen staatlichen und privaten Stellen ist gefordert.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Die Herausforderungen, die der demographische Wandel und die Wanderungsbewegungen mit sich bringen, sind sehr vielschichtig. Doch wie können wir diesen Herausforderungen erfolgreich begegnen? - In jedem Fall müssen wir versuchen, den demographischen Trend zu bremsen und die negativen Effekte abzufedern. Noch besser wäre es natürlich, die rückläufige Bevölkerungsentwicklung umzukehren – ein äußerst schwieriges Unterfangen, wie Sie leicht nachvollziehen können.

Oberste Priorität sollte es in Deutschland sein, Anreize zu schaffen, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen. Hier ist die Politik gefragt, die Rahmenbedingungen für junge **Familien** zu verbessern. Ein erster Schritt ist mit der Einführung des Elterngeldes zu Beginn des vergangenen Jahres getan worden. Tatsächlich konnte

2007 erstmals seit 1997 wieder ein leichter Anstieg der Geburtenrate verzeichnet werden. Ob dies allerdings ursächlich auf das Elterngeld zurückzuführen ist und ob dieser Trend wird, muss sich erst noch zeigen.

Darüber hinaus muss ein umfassendes Betreuungsangebot gewährleisten, dass beide Elternteile einer Berufstätigkeit nachgehen können. Auch ein weit reichendes Bildungs- und Ausbildungsangebot, sowie eine weitere finanzielle Entlastung von Familien mit Kindern bieten Anreize, mehr Kinder in die Welt zu setzen.

Gleichzeitig müssen unsere Kommunen ein familien- und kinderfreundliches Umfeld schaffen, wollen sie junge Familien am Ort halten. Dazu zählen Kindertageseinrichtungen und Kindergärten, preiswerter Wohnraum und zumindest eine wohnortnahe Grundschulausbildung. Unsere Kommunen müssen hier auch flexiblere und unkonventionelle Formen in Betracht ziehen: Ließe sich bei der Betreuung der Kleinen nicht vielleicht auch das brach liegende Potenzial unserer Senioren mit einbeziehen, sozusagen als „Leihoma“ oder „Leihopa“? Damit könnte die ältere Generation gleichzeitig auch eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen.

Nicht vernachlässigen dürfen wir in unserer Betrachtung, meine Damen und Herren, die **ausländischen Bewohner** unserer Städte und Gemeinden. Sie stellen schon heute einen ganz beachtlichen Anteil unserer Bevölkerung und werden dies zukünftig noch mehr tun. Schließlich liegt in dieser Bevölkerungsgruppe die Kinderzahl pro Familie weitaus am höchsten. Wir brauchen also diese Zuwanderung von außen, soll die Bevölkerungszahl in unserem Land nicht in noch dramatischerem Ausmaß schwinden.

Allerdings zeigen Untersuchungen, dass Deutschland immer unbeliebter wird. Jahr für Jahr kehren mehr Menschen Deutschland den Rücken. 2006 wanderten laut Statistischem Bundesamt rund 640.000 Menschen aus unserem Land, darunter 155.000 Deutsche. Gleichzeitig wandern immer weniger Ausländer und Spätaussiedler in unser Land ein.

Ungeachtet dieser Tatsache sollten wir die Zuwanderung endlich auch als Chance bei der Bewältigung unserer demographischen Probleme erkennen. Die

Ausländerkinder werden in zwei Jahrzehnten ganz wesentliche Beiträge in die sozialen Systeme einzahlen, die unseren „Inlands-Senioren“ zugute kommen. Allerdings werden wir alle nur profitieren können, wenn es uns gelingt, Ausländer durch umfangreiche Bildungs-, Betreuungs- und Arbeitsplatzangebote zu integrieren. Auch hier müssen unsere Kommunen ihren Part übernehmen. Mit der Entstehung sozialer Brennpunkte ist niemanden gedient!

Noch besser wäre es, wenn wir Eliten ins Land holen und integrieren könnten. Schon einmal ist dies Ende des 17. Jahrhunderts gelungen. Damals waren es die Hugenotten, die in Frankreich wegen ihres Glaubens verfolgt wurden und technischen Fortschritt ins Land gebracht haben.

Der demographische Wandel wird nicht nur Bund und Länder, sondern auch unsere Städte und Gemeinden vor enorme Herausforderungen stellen.

Dabei werden sich in jeder Region, in jeder Kommune individuelle Entwicklungen abzeichnen. **Eine** Patentlösung für alle gibt es nicht!

In vielen Fällen werden wir von starren Denkweisen wegkommen müssen. Phantasie und vielleicht auch unkonventionelle Lösungen sind gefragt. Schließlich haben es wir beim demographischen Wandel mit einem völlig neuen Phänomen zu tun.

Wir dürfen nicht nur reagieren, wir müssen agieren. Und zwar jetzt, nicht erst in zehn Jahren!